

Kulturelle Bildung und Populärmusik

Musikschulen

*In Sachsen-Anhalt werden aktuell an 20 öffentlichen und staatlich anerkannten Musikschulen wöchentlich 18.770 Schüler*innen von 881 Lehrkräften an 239 Orten in instrumentalen und vokalen Fächern unterrichtet. Damit ist die Anzahl der Schüler*innen innerhalb von nur fünf Jahren um ca. 1.000 gesunken, obwohl dauerhaft eine landesweite Warteliste von ca. 2.000 Schülern*innen besteht. Dieses hängt damit zusammen, dass die vom Landesverband der Musikschulen Sachsen-Anhalt e.V. (LVdM) bereits seit 2010 prognostizierte Renteneintrittswelle der Lehrkräfte vollumfänglich eingetreten ist und allein in den letzten fünf Jahren die Gesamtzahl aller Lehrkräfte um fast 50 gesunken ist. Auch das starke Engagement der Musikschulträger in mehr Festanstellungsverhältnisse reicht nicht mehr aus, um diesen Rückgang zu verhindern. Seit 1997 sind der Trägerzuschuss um 67% und die Unterrichtsgebühren um 69% angestiegen, während gleichzeitig die Landesförderung um 7% gesunken ist.*

17. Wird Ihre Partei der Empfehlung des LVdM folgen und die Landesförderung der Musikschulen um 2,5 Mio. Euro anheben, damit die notwendige strukturelle Sicherung des Nachwuchspersonals gewährleistet werden kann?

CDU

Die CDU wird für eine Anhebung der Förderung unter Berücksichtigung der Haushaltslage einsetzen.

SPD

Eine Anhebung der Landesmittel zur Förderung der staatlich geförderten Musikschulen konnte in dieser Legislatur nicht in dem Maße erfolgen, wie wir es uns zum Ziel gesetzt hatten. Wir wollen daher in der kommenden Legislatur eine deutliche Anhebung der Landesmittel erreichen, um mehr Kindern das Erlernen eines Instruments zu ermöglichen. Darüber hinaus ist die Nachwuchsförderung und -sicherung ein weiteres Ziel.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Musikschulen ermöglichen, dass jede*r unabhängig vom Geldbeutel ein Instrument oder Singtechniken erlernen kann. Wir wollen daher wieder mehr Plätze in Musikschulen in Sachsen-Anhalt anbieten. Deshalb braucht es eine verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung der Musikschulen. Ein Drittel der Fördergelder soll das Land Sachsen-Anhalt übernehmen und ein Drittel die Kommunen. Das letzte Drittel finanzieren die Musikschulen über die Beiträge der Schüler*innen. Wir streben an, dass Lehrende an Musikschulen fest angestellt werden.

DIE LINKE

Musikschulen sind wichtige Partner für die Gestaltung kultureller Infrastruktur. Die Qualitäts- und Leistungsstandards des Musikschulgesetzes gelten bundesweit als musterhaft. Die seit über 20 Jahren stagnierende Landesförderung konterkariert den Qualitätsanspruch des Musikschulgesetzes und gefährdet die öffentliche Musikschullandschaft in Sachsen-Anhalt in höchstem Maße. DIE LINKE will die Landesförderung deutlich erhöhen und unterstützt somit die Empfehlung des LVdM in Gänze.

AfD

Ja, das scheint uns sinnvoll. Da die Musikschulen auch noch nicht mit einseitiger politischer Agitation hervorgetreten sind, bestehen gegen die Förderung keine Bedenken.

Studie zur Musik- und Popmusikwirtschaft

Als Musikland Sachsen-Anhalt pflegt das Land eine bedeutende Vergangenheit sowie eine florierende Gegenwart. Der ökonomische Wert der Musikwirtschaft wird in diversen bundesweit ausgerichteten Studien belegt. Die letzte Untersuchung in Sachsen-Anhalt liegt acht Jahre zurück. Andere Bundesländer (u.a. Hamburg, Berlin, Nordrhein-Westfalen) richten hingegen anhand dessen ihre Musikstrategien aus und legen hier einen besonderen Fokus.

- 18. Welchen Wert messen Sie einer solchen Studie für Sachsen-Anhalt bei? Welchen Schwerpunkt sollte Ihrer Meinung nach die Popmusikwirtschaft in einer solchen Untersuchung besitzen?**

CDU

Die Populärmusik hat ihren Platz im Rahmen eines Konzepts „Musikland Sachsen-Anhalt“, das gegenwärtig durch die Landesregierung erarbeitet wird.

SPD

Die Kreativwirtschaft — vor allem die Design-, Kunst-, Medien- und Kommunikationswirtschaft — ist in Sachsen-Anhalt dynamisch gewachsen und bundesweit ein Wirtschaftsbereich, der immer wichtiger wird. Vor allem die Teilmärkte Games, Industriedesign und Filmindustrie entwickeln sich überdurchschnittlich. Im Bereich Popmusik gibt es sicher Anknüpfungspunkte, Synergieeffekte und Potenzial für die weitere Entwicklung, insbesondere in Verbindung mit dem Tourismus und den Musikfesten. Aus unserer Sicht könnte eine Studie dazu beitragen, gezielt geeignete Maßnahmen zu entwickeln, um positive Effekte zu erreichen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir Grüne stehen für eine faktenbasierte Politik. Das gilt natürlich genauso für die Musikpolitik. Wir befürworten daher die Neuauflage einer solchen Studie, die sich gleichwertig mit allen Musikgenres auseinandersetzen sollte. Da die Aussagekraft der Studie erheblich von ihrem Design abhängt, sollte dieses vorab in Zusammenarbeit mit Akteur*innen und Verbänden festgelegt werden.

DIE LINKE

Um eine Musikstrategie für Sachsen-Anhalt zu entwickeln, ist eine regelmäßige Untersuchung zur Lage der Musik- und Popmusikwirtschaft zu unterstützen. In Hinblick auf die Entwicklung einer Gesamtstrategie zum Musikland Sachsen-Anhalt wollen wir zu Beginn der nächsten Legislatur eine umfassende Untersuchung anregen, um u.a. die Verfügbarkeit von Proberäumen und Auftrittsmöglichkeiten, von Ausbildungs-, Beratungs- und Vernetzungsmöglichkeiten sowie von Fördermöglichkeiten im Land zu eruieren.

AfD

Eine solche Studie kann sicherlich aus bestimmten Perspektiven sinnvoll sein, weshalb aber sollte der Staat dergleichen durchführen? Hier ist die Musikwirtschaft, die daran wohl das höchste Erkenntnisinteresse hat, selbst gefragt.

Kompetenzzentrum Popularmusik

Anders als in den meisten deutschen Bundesländern existiert in Sachsen-Anhalt kein institutionell gefördertes Kompetenzzentrum Popularmusik.

- 19. Soll es eine besondere Unterstützung z.B. in Form eines Kompetenzzentrums Popularmusik und eine explizite Finanzierung der breiten Popularmusikszene (vgl. Monitor Musikwirtschaft, Popularmusik Sachsen-Anhalt 2013) in der kommenden Legislatur geben?**

CDU

Die Finanzierung neuer institutioneller Strukturen und Einrichtungen kann nur unter Berücksichtigung der Haushaltslage erfolgen. Die CDU wird bei der Haushaltsaufstellung prüfen, inwieweit eine Förderung möglich ist.

SPD

Seit kurzem verfügt der Landesmusikrat über eine Referentin für Rock und Pop, wovon wir uns eine Weiterentwicklung des Bereichs erhoffen. Mit dem Wettbewerb „local heroes“ verfügt das Land über einen herausragenden Nachwuchswettbewerb, der auch in Zukunft unterstützt wird. Inwiefern eine dauerhafte, institutionalisierte Förderung möglich ist, sollte mit den Akteur*innen besprochen werden. Grundsätzlich befürworten wir das Ansinnen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ob ein Kompetenzzentrum Popularmusik für Sachsen-Anhalt sinnvoll wäre, wollen wir gerne in der nächsten Legislatur prüfen.

DIE LINKE

(s. Antwort zur Frage 20)

AfD

Nein. Popularmusik ist ein Bereich, der stark ökonomisch orientiert staatsfrei aus sich heraus lebt. Das kann so bleiben.

- 20. Welche Chancen sehen Sie in einer Auflegung gesonderter Popförderformate?**

CDU

s. Antwort zu Frage 19.

SPD

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Auch dazu wollen wir gerne in der kommenden Zeit mit den Akteur*innen ins Gespräch kommen. Grundsätzlich sehen wir, insbesondere im Rahmen des Musikland-Konzepts, eine Chance, das Potenzial der Popmusikwirtschaft in Sachsen-Anhalt zu evaluieren und daraus Schlüsse für mögliche Förderkonzepte zu ziehen.

DIE LINKE

Der Monitor Musikwirtschaft (Popularmusik) hat die vielschichtigen Herausforderungen für Unternehmen der Musikwirtschaft in Sachsen-Anhalt herausgearbeitet und ist mit seinen Erkenntnissen und Empfehlungen in vielen Punkten nach wie vor aktuell. Die Einrichtung eines Kompetenzzentrums Popularmusik und eine entsprechende Förderung der Popularmusikszene ist Voraussetzung zur Verbesserung dieser Infrastruktur in Sachsen-Anhalt. Insbesondere in Anbetracht einer qualitativen Entwicklung des Musikland Sachsen-Anhalt erachten wir die Förderung der Popularmusik als ausbaufähig und werden diesen Ansatz in unserer Kulturpolitik verfolgen und unterstützen.

AfD

Keine. Siehe die Antwort auf die vorhergehende Frage.

Institutionalisierung von „local heroes“

*Das Projekt "local heroes" hat sich aus Sachsen-Anhalt heraus als wichtigstes Popmusiker*innen-Netzwerk in Deutschland etabliert. Es wird seit Jahrzehnten jährlich in Form einer Projektförderung unterstützt, was eine strategische Ausrichtung trotz erkennbaren Bedarfs kaum möglich macht und insbesondere die Fördermittelakquise im Bund deutlich erschwert. "Local heroes" dient als einzige Schnittstelle zwischen Landesregierung, Popmusik- und Kulturschaffenden.*

21. Werden Sie den Antrag befürworten, das Projekt langfristig zu sichern und zu institutionalisieren?

CDU

Die Finanzierung neuer institutioneller Strukturen und Einrichtungen kann nur unter Berücksichtigung der Haushaltslage erfolgen. Die CDU wird bei der Haushaltsaufstellung prüfen, inwieweit Förderungen möglich sind. In jedem Falle halten wir aber eine weitere Förderung des Projekts für angemessen.

SPD

Inwiefern eine dauerhafte, institutionalisierte Förderung möglich ist, sollte mit den Akteur*innen besprochen werden. Grundsätzlich befürworten wir das Ansinnen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

„Local heroes“ als inzwischen bundesweites Musiker*innen-Netzwerk, das auch wichtige Impulse im sozialen und kulturellen Bereich setzt, ist für uns ein unverzichtbarer Teil der sachsen-anhaltischen Kulturlandschaft. Die bisherige Projektförderung erschwert die Arbeit der engagierten Menschen hinter dem Projekt unnötig. Sie sollen Planungssicherheit und damit Gestaltungsspielraum für die strategische Ausrichtung erhalten. Wir unterstützen den Wunsch einer längerfristigen Förderung durch das Land daher ausdrücklich. Grundsätzlich wollen wir für den ganzen Kulturbereich von den kurzen Förderperioden hin zu einer strukturellen Förderung über mehrere Jahre kommen.

DIE LINKE

Bei einer mehrere Jahre bzw. sogar Jahrzehnte fortlaufenden Projektförderung wie es bei dem Projekt „local heroes“ der Fall ist, muss aus unserer Sicht eine langfristige Planung entweder mittels mehrjähriger Finanzierungsvereinbarung mit entsprechenden Zielvereinbarungen getroffen oder in Form einer institutionellen Förderung für entsprechende langfristige Planbarkeit gesorgt werden. Alles andere stellt eine Behinderung der Entwicklungsfähigkeit des jeweiligen Projektes dar und sorgt für unnötigen bürokratischen Aufwand.

AfD

Nein. Siehe Frage 19.

Zukunft FSJ-Kultur

Im Rahmen des mehrjährigen EU-Finanzrahmens 2014-2020 wurden über das ESF-Programm Freiwilligendienste im Land Sachsen-Anhalt mit großer Nachfrage unterstützt. Für die kommende EU-Förderperiode 2022-2027 wurde den Trägern signalisiert, dass für die Freiwilligendienste keine weitere Förderwürdigkeit aus EU-Mitteln besteht. Insbesondere die Kultureinrichtungen im Land sind aber auf die Unterstützung durch Freiwilligendienstleistende angewiesen. Ebenso bietet ein FSJ Kultur Jugendlichen die Möglichkeit, das Kulturland Sachsen-Anhalt kennenzulernen.

22. Wie möchten Sie die Freiwilligendienste und Einsatzstellen, insbesondere im Bereich Kultur, zukünftig unterstützen?

CDU

Die CDU wird sich weiterhin für den Erhalt des Status einsetzen.

SPD

Die Freiwilligendienste sind für junge Menschen nach dem Ende ihrer Schullaufbahn eine gute Möglichkeit Erfahrungen zu sammeln, sich zu engagieren und auszuprobieren. Mit der Umstellung auf das ESF+ von 2021-2027, dem Zusammenschluss mehrerer Programme sowie der damit einhergehenden Reduzierung von EU-Mitteln, gibt es innerhalb der Landesregierung die Einigung, den Minderbetrag auszugleichen, sodass es zu keiner Absenkung der Stellen kommt und das FSJ Kultur zukünftig im gleichen Umfang fortgesetzt wird.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir sehen sehr viel Potential in den Angeboten für ein FSJ Kultur – sowohl für die Träger als auch für die Jugendlichen, die dadurch einen Einblick in die Kulturszene Sachsen-Anhalts erhalten und ihren Wert schätzen lernen. Um Angebot und Nachfrage zueinander zu bringen, ist es angebracht, von Seiten des Landes verstärkt über das FSJ Kultur zu informieren. Außerdem können die Einsatzstellen bei der Anfertigung von Informationsmaterial finanziell unterstützt werden.

DIE LINKE

Die Ergebnisse der repräsentativen Befragung zum freiwilligen Engagement in Deutschland, Freiwilligensurvey, untermauern die positiven Effekte von Freiwilligendiensten für die Gemeinschaft und für die Entwicklung der Freiwilligen selbst. Ein Teil der Freiwilligendienste (FSJ, FSJ-Kultur und FÖJ) werden aktuell aus dem ESF finanziert. Für die nächste ESF+ Förderperiode 2021 bis 2027 gilt eine Mindestschwelle von 4% der Fördermittel des jeweiligen Operationellen Programms. Aufgrund der Kleinteiligkeit der bestehenden Programme kann diese Schwelle nur durch Zusammenfassung der unterschiedlichen Freiwilligendienstprogramme erreicht werden. DIE LINKE will unter Beteiligung der Träger der Freiwilligendienste in Sachsen-Anhalt ein Konzept für eine strukturelle Förderung zur Sicherung der aktuell im Land bestehenden Freiwilligenplätze für die Jahre 2022 bis 2027 entwickeln. Für die nächste ESF-Förderperiode haben wir bereits per Antrag im Parlament eine gemeinsame Förderung des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ), des Freiwilligen Sozialen Jahres in der Kultur (FSJ Kultur), des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ), sowie des Freiwilligen Sozialen Jahres in der Politik durch Zusammenlegung der Programme zu erwirken, um den Antragsvoraussetzungen der EU-Förderperiode 2021 bis 2027 zu entsprechen.

AfD

Gar nicht. Das Spiel verläuft immer nach gleichem Muster: Die EU legt ein Förderprogramm auf, schafft damit Erwartungshaltungen, die so vorher nicht bestanden haben, stellt dann das Programm ein und erwartet dann, dass die Kommunen, die Länder oder der Bund das einmal Begonnene fortführen. Wir verwehren uns gegen diese Form der Einflussnahme auf unsere Politik.